



## Protokollauszug

### zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Dienstag, 14.05.2013, 17:04 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

#### ÖFFENTLICH

TOP 1                      Zusammenarbeit mit dem Förderverein Bücherei  
Schlösslesfeld e.V. bei Betrieb der Zweigstelle  
- mündlicher Bericht

---

#### **Beratungsverlauf:**

Einleitend erinnert EBM **Seigfried** an die Überlegungen im Zusammenhang mit Konsolidierungsmaßnahmen, die Bibliothek im Schlösslesfeld zu schließen. Es habe sich daraufhin ein Förderverein gebildet, mit dem Ziel, die Bibliothek zu erhalten und ein Stück weit finanziell zu unterstützen.

Herr Armin **Dunz** (Vorsitzender Förderverein Schlösslesfeldbibliothek e.V.) berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation über die Entwicklung der Bibliothek und die Arbeit des Vereins in den vergangenen drei Jahren. Finanzielle Mittel fließen hauptsächlich in Bücherbeschaffungen und Veranstaltungen. Im Jahr 2012 habe der Verein finanzielle Unterstützungen in Höhe von knapp 4.000 Euro geleistet.

In der nachfolgenden Aussprache wird seitens des Gremiums allgemein der Dank an alle Beteiligten und für die geleistete Arbeit des Fördervereins zum Ausdruck gebracht.

Stadträtin **Kopf** zeigt sich erfreut, dass der damalige Beschluss, eine Kooperation einzugehen, Früchte trage. Dies sei eine gute Institution für den Stadtteil und das Gemeinwesen Schlösslesfeld und Hartenecker Höhe.

Stadtrat **von Stackelberg** unterstreicht das hohe bürgerschaftliche Engagement, das geweckt wurde und spricht Dank für die Idee aus. Es sei eine fruchtbare Zusammenarbeit geworden.

Stadtrat **Glasbrenner** unterstreicht die Wichtigkeit des bürgerschaftlichen Engagements. Innerhalb kurzer Zeit sei im Schlösslesfeld viel geleistet worden.

Aus der Sicht von Stadtrat **Dr. Vierling** ist das Experiment gelungen und sieht dies als soziale Innovation.

Stadtrat **Heer** bringt die Freude zum Ausdruck, dass eine derartig positive Entwicklung stattgefunden habe.

Stadträtin **Lange** ist gleichwohl von der Arbeit des Fördervereins überzeugt.

Abschließend spricht EBM **Seigfried** allen Beteiligten nochmals seinen Dank seitens der Stadt aus.

**Beratungsverlauf:**

Einleitend führt EBM **Seigfried** in den Sachverhalt ein und bringt die hohen Fallzahlsteigerungen der Vergangenheit in Erinnerung.

Herr **Albrecht** (FB Bürgerdienste) erläutert im Anschluss kurz die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 017/13.

In der nachfolgenden Aussprache bringt Stadträtin **Kopf** die Notwendigkeit zum Ausdruck, immer mehr mit Mietwohnungsbau und bezahlbarem Wohnraum gegenzusteuern. Die Verkürzung der Bearbeitungszeiten sei sehr positiv und eine gute Leistung.

Stadtrat **Dr. Bohn** sieht, insbesondere mit Blick auf Wohnkosten in Höhe von 50 % und mehr des Gesamteinkommens der Antragsteller, das Wohngeld in einer Stadt wie Ludwigsburg für nicht ausreichend an. Hier sei der Bundesgesetzgeber gefordert. Positiv sei, dass die Flut von Anträgen bewältigt werden konnte. Er ermuntert Bedürftige, gegebenenfalls prüfen zu lassen, ob ein Anspruch bestehe.

Stadtrat **Glasbrenner** hält den Mietwohnungsbau allein, ohne Altwohnungen sinnvoll zu sanieren, für nicht ausreichend an. Die Richtsätze würden an die steigenden Mieten in den Ballungsräumen zu spät angepasst.

Stadträtin **Voigt** betont, dass Wohngeld keine Sozialleistung und wegen der hohen Kosten in der Region bedeutend sei.

Stadtrat **Heer** hält das Wohngeld zur Abfederung der Mietkosten im Ballungszentrum für zwingend notwendig. Wichtig sei dabei auch, dass die Dienstleistung zeitnah erfolge.

Stadträtin **Lange** hält den vorübergehenden Einsatz einer weiteren Arbeitskraft für notwendig.

Herr **Albrecht** und Frau **Haberzettel** (FB Bürgerdienste) gehen nachfolgend auf die in der Aussprache aufgetauchten Fragen ein, insbesondere nach dem nicht erfolgenden Ersatz von Personalkosten und die Gründe für nicht vorhandene Vergleichszahlen.

EBM **Seigfried** stellt erläuternd Zusammenhänge und Hintergründe dar. Er weist abschließend darauf hin, dass der Aufwand in keinem angemessenen Verhältnis zum Auszahlungsumfang stehe. Dennoch stelle das Wohngeld eine wichtige Leistung dar.

Auf Wunsch von Stadtrat Dr. Bohn sagt EBM **Seigfried** zu, zur besseren Nachvollziehbarkeit den Fraktionen Beispiele in Bezug auf die Wohngeldhöhe, beispielsweise für einen Ein-Personen-Haushalt, für Ehepaare, für Familien mit Kindern, zukommen zu lassen.

**Beschluss:**

Die Sportvereinigung 07 Ludwigsburg e.V. erhält für die Sanierung der Umkleideräume an der Fuchshofstraße bei angegebenen Baukosten in Höhe von 58.096,76 € einen Zuschuss in Höhe von 50 % der nachgewiesenen anrechenbaren Baukosten, höchstens jedoch 29.050,- €.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

**Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 164/13.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Dr. Vierling** geht Herr **Fröhlich** (FB Bildung, Familie, Sport) kurz erläuternd auf Hintergründe und Zusammenhänge der notwendigen Sanierung der Umkleideräume ein.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 164/13 im Gremium zur Abstimmung.

**Abweichender Beschluss:**

Im gesamten Ludwigsburger Stadtgebiet werden keine Sondernutzungserlaubnisse für das Aufstellen von Altkleider- und Schuhsammelcontainer auf öffentlicher Fläche erteilt. Bei der nächsten anstehenden Änderung der Satzung über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen bzw. der dazu beschlossenen Richtlinie wird eine entsprechende Regelung aufgenommen.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

## **Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 157/13 und führt kurz in den Sachverhalt ein.

Ergänzend berichtet Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) zum Vorgehen. Man schlage vor, insbesondere im Stadtgebiet in Ludwigsburg künftig so zu verfahren, dass keine Sondernutzungserlaubnisse für das Aufstellen von Altkleider- und Schuhsammelcontainer auf öffentlicher Fläche erteilt werden. .

In der nachfolgenden Aussprache erklärt Stadträtin **Kopf**, ihre Fraktion könne mit dem Verwaltungsvorschlag grundsätzlich mitgehen. Es müsse jedoch die Möglichkeit erhalten werden, dass alte Kleider und Schuhe an bestimmten Stellen abgegeben werden können und dies auch entsprechend kommunizieren.

Aus der Sicht von Stadtrat **Daferner** sind genügend Abgabestellen sozialer Organisationen für Kleider, Schuhe, etc. vorhanden. Nötig sei, immer wieder zu kommunizieren, wo sich diese Abgabestellen befänden. Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu.

Auch Stadtrat **Glasbrenner** sieht, neben den zahlreichen bestehenden Abgabestellen von sozialen Einrichtungen und Kirchen, nicht die Notwendigkeit des Aufstellens von Altkleider- und Schuhsammelcontainern auf öffentlicher Fläche. Diese würden insbesondere aufgestellt, um Geld zu verdienen. Auch seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

Angesichts des Wildwuchses der Container in der Stadt bringt Stadträtin **Voigt** die Zustimmung ihrer Fraktion zur Vorlage zum Ausdruck.

Stadtrat **Heer** betont insbesondere, dass die Umsetzung der Maßnahme wichtig sei.

Auch Stadträtin **Lange** erklärt ihre Zustimmung zur Vorlage.

Im Rahmen der weiteren kurzen Aussprache beantwortet Herr **Winkler** nachfolgend Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums und geht hierbei insbesondere auf die rechtliche Situation im Zusammenhang mit dem Aufstellen von Plastikeimern zur Kleider- und Schuhsammlung gewerblicher Unternehmen ein. Hier könne die Stadt nur einschreiten, wenn diese auf öffentlicher Fläche aufgestellt würden.

Es findet ferner eine kurze Diskussion um den vorgesehenen räumlichen Geltungsbereich der Regelung statt.

Als Ergebnis der Aussprache stellt EBM **Seigfried** den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 157/13 abweichend, unter Einbeziehung des gesamten Ludwigsburger Stadtgebietes, im Gremium zur Abstimmung. Danach werden nun in Ludwigsburg im gesamten Stadtgebiet keine Sondernutzungserlaubnisse für das Aufstellen von Altkleider- und Schuhsammelcontainer auf öffentlichen Flächen erteilt.

**Beschluss:**

1. Der Datenteil des Sozialdatenatlasses wird zukünftig in das neue statistische Informationssystem der Stadt Ludwigsburg eingebunden.
2. Teil 2 des bisherigen Sozialdatenatlasses, die Leistungsbeschreibungen, werden zukünftig webbasiert dargestellt und können nach erfolgter Aktualisierung über die Homepage der Stadt Ludwigsburg abgerufen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Meyer (geschäftlich verhindert)

**Beratungsverlauf:**

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 122/13.

Herr **Albrecht** (FB Bürgerdienste) erstattet nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation einführend Bericht in Bezug auf die Weiterentwicklung des Sozialdatenatlasses (SDA).

Fortfahrend unterlegt Frau **Ebert** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) die Erläuterungen mit einer bildlichen Darstellung am Beispiel des Statistikatlasses Mannheim. Zukünftig solle der Sozialdatenatlas in das sich derzeit im Aufbau befindende statistische Informationssystem integriert werden. Die grafisch aufbereiteten statistischen Berichte könnten dann auf der Homepage der Stadt Ludwigsburg abgerufen werden.

EBM **Seigfried** macht Ausführungen zur zukünftigen Gestaltung des Sozialdatenatlasses. Über die bisherige kartografische Darstellung hinaus solle bei der Darstellung künftig eine Orientierung an der Aussagekraft der Darstellung erfolgen.

In der nachfolgenden Aussprache erklärt Stadtrat **Meyer** man gehe den aufgezeigten Weg gerne mit, jedoch müsse das Ganze gut im Handling sein, regelmäßig aktualisiert werden, mit einem schlanken, komprimierten Angebot und Überlegungen bezüglich der Entwicklung.

Stadtrat **Daferner** fragt sich, wie es, mit Blick auf die neue Form der Information, mit den Zielgruppen aussehe. Er spricht sich für eine kontinuierliche Fortschreibung, nicht nur alle zwei Jahre, aus.

Für seine Fraktion bringt Stadtrat **Glasbrenner** insbesondere die Wichtigkeit des Einstellens der Sozialdaten auf der Homepage der Stadt Ludwigsburg zum Ausdruck. Er bittet er um Auskunft darüber, ob bei der künftigen Handhabung nur rein statistische Zahlen oder auch inhaltliche Wertungen geplant seien. Intention des aus der Mitte der Fraktion vor Jahren gestellten Antrags sei die mögliche Transparenz und Vergleichbarkeit der angebotenen Leistungen gewesen.

Stadtrat **Dr. Vierling** sieht den Sozialdatenatlas als wichtige Informationsgrundlage, um soziale Problemlagen erkennen zu können. Eine Bereitstellung der Daten im Internet halte man für

ausreichend. Man rege an, auch in Bezug auf Verwaltungsvorlagen mit sozialpolitischer Relevanz künftig den Datenschatz des Sozialdatenatlas zu nutzen. Seine Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag gerne zu.

Als eine gute Sache befürwortet Stadtrat **Heer** die vorgeschlagene Vorgehensweise und erklärt die Zustimmung seiner Fraktion.

Stadtrat **Dr. Bohn** erinnert daran, dass die Idee des Sozialdatenatlasses über eine bloße Daten- bzw. Verlaufserhebung hinausgegangen sei. Dies stelle nur den notwendigen ersten Teil dar. Anfangsintention sei gewesen, dass die Erhebung der gesellschaftlichen Daten benötigt werde, um zu prüfen, ob das Netz an Hilfen in Ludwigsburg noch stimme.

EBM **Seigfried** und Frau **Ebert** beantworten im Anschluss die aufgeworfenen Fragen aus der Mitte des Gremiums insbesondere zu den Themenbereichen Gewährung von Leistungen und Zielgruppen.

Zum angesprochenen Thema der Bewertung der Daten führt EBM **Seigfried** aus, dass hierzu der Sozialdatenatlas um eine soziale Berichterstattung ergänzt werden müsse. Dazu würde entsprechendes Fachpersonal benötigt. Wenn dies gewünscht werde, müssten die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

Im Rahmen der weiteren kurzen Aussprache bittet Stadtrat **Dr. Vierling**, in einer Vorlage Möglichkeiten und Chancen kurz darzustellen, mit Sozialberichterstattung eine bessere Grundlage für anstehende Entscheidungen zu treffen und das Bewusstsein für Problembereiche und Problemgruppen zu schärfen.

EBM **Seigfried** stellt abschließend die Vorl.Nr. 122/13 im Gremium zur Abstimmung und sagt in diesem Zusammenhang zu, dass das Gremium nochmals über das Thema der sozialen Berichterstattung informiert werde. EBM **Seigfried** schlägt vor, von fachlicher Seite Herrn Professor Dr. Höfflin von der evangelischen Hochschule Ludwigsburg hinzuzuziehen.

## TOP 6

## Zwischenbericht zur Schulentwicklungsplanung

---

### **Beratungsverlauf:**

Nach einleitenden Ausführungen durch EBM **Seigfried** erstattet Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) einen mündlichen Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Schulentwicklungsplanung. Er geht in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Themenbereiche der Beendigung der Werkrealschule in der Friedrich-von-Keller-Schule und Zusammenfassung der Grundschule am Standort Neue Straße, die Zusammenlegung der Eberhard-Ludwig-Schule und Silcherschule, die räumlichen Verbesserungen in der Eichendorffschule, den Sachstand in Bezug auf Ganztagesanträge und Anträge auf Schulzeitstreckung in den Gymnasien sowie den derzeitigen Stand der Prüfaufträge ein.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) informiert im Anschluss zum Thema Gemeinschaftsschule, dass die gebildete Planungsgruppe im Juli dieses Jahres im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales über ihre Arbeit berichten werde.

EBM **Seigfried** weist darauf hin, dass es sich hierbei lediglich um einen Zwischenbericht handle.

In der nachfolgenden Aussprache weist Stadtrat **Kromer** darauf hin, dass die Verwaltung nach Meinung des Otto-Hahn-Gymnasiums bei der Schulzeitstreckung aktiver werden sollte.

Stadträtin **Moersch** freut sich, dass der Ganztagesbetrieb an den Gymnasien in einigermaßen trockenen Tüchern sei.

EBM **Seigfried** informiert, dass sich die Verwaltung in allen Themen sehr eingesetzt habe, auch für die Schulzeitstreckung beim Otto-Hahn-Gymnasium. Es liege jedoch bis heute keine abschließende Stellungnahme, zum einen die Klassenzuteilung zum anderen die Schulzeitstreckung am Otto-Hahn-Gymnasium betreffend, vor.

Stadtrat **Kromer** stellt klar, dass sein Hauptvorwurf in Richtung Schulverwaltung in Stuttgart gehe.

Stadtrat **von Stackelberg** regt gegebenenfalls eine Zusammenarbeit mit ideengebenden und die Schulen beratenden Organisationen an.

Abschließend beantwortet Herr **Reichert** die in der Aussprache aufgeworfenen Fragen, insbesondere der Stadträte **Dr. Vierling** und **Heer** sowie der Stadträtinnen **Moersch** und **Kopf** nach der Situation in den Gymnasien, der Klassenbildung und bezüglich der Ganztagesgrundschule in Neckarweihingen.

TOP 7

Erweiterung Kindertagesstätte Reichertshalde 51  
- Vergabe der Planungsleistungen

Vorl.Nr. 010/13

---

### **Beratungsverlauf:**

Einleitend verweist EBM **Seigfried** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 010/13.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) zeigt nachfolgend anhand einer Powerpoint-Präsentation Planung und Vorentwurf der Erweiterung der Kindertagesstätte Reichertshalde auf und geht des Weiteren auf Kosten und Zeitplan ein.

In der nachfolgenden Aussprache zeigt sich Stadträtin **Kreiser** erschreckt über die lange Bauzeit, insbesondere mit Blick auf die notwendige Weiterentwicklung in Hoheneck. Hinsichtlich der erheblich kleineren Außenbereichsfläche stelle man sich die Frage, ob die Möglichkeit bestehe, den Spielplatz am Vormittag miteinzubinden, um somit mehr Freiraum zu erhalten.

Auch Stadtrat **von Stackelberg** ist sehr erstaunt über die lange Bauzeit. Man habe viel Zeit verloren und hoffe, dass das Vorhaben nun straff vorangehe.

Stadtrat **Glasbrenner** bittet, über eine Bauzeitstraffung nachzudenken. Insbesondere müsse die Ausführungsplanung nicht immer zwingend abgewartet werden, bis man die Ausschreibung vornehme.

Sich ihren Vorrednern anschließend erklärt Stadträtin **Klett-Heuchert**, dass eine Fertigstellung des Vorhabens vor dem Jahre 2015 erfolgen müsse.

Stadtrat **Heer** bemerkt, dass man bei der Aufstellung des Plans viel Zeit verloren habe. Man hoffe, dass der Zeitrahmen möglichst unterschritten werden könne.

Frau **Barnert** und Herr **Meischer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) gehen im Anschluss auf die seitens des Gremiums aufgeworfenen Aussagen und Fragestellungen ein, insbesondere in Bezug auf die Thematik der temporären Nutzung des Spielplatzes, die grundsätzlich möglich sei, die Freiflächenplanung, die dem Gremium noch vorgestellt werde, die vorgesehene Grenzbebauung sowie in Bezug auf Terminplanung und Technikraum.

Als Ergebnis der Aussprache hält EBM **Seigfried** den Wunsch des Gremiums nach einer Straffung der langen Bauzeit und schnellstmöglichen Realisierung des Vorhabens fest.

Es erfolgt keine Beschlussfassung im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales am 14.05.2013. Von der Beschlussfassung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 02.05.2013 über die Vorl.Nr. 010/13 wird seitens des Gremiums Kenntnis genommen.